



31. Januar 2020

Mit diesen Hauptstadtinfos berichten die beiden nordhessischen Bundestagsabgeordneten für Waldeck-Frankenberg, Kassel-Land und Schwalm-Eder, Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin.

Inhalt:

- **Soli-Zuschlag früher als geplant teilweise abschaffen**
- **Die Woche im Deutschen Bundestag**
 - **Der öffentliche Nahverkehr wird gefördert**
 - **Regionalisierungsmittel werden erhöht**
 - **Errichtung der Engagement- und Ehrenamtsstiftung**
- **Bilder der Woche**

Soli-Zuschlag früher als geplant teilweise abschaffen

Der Jahreswirtschaftsbericht 2020, den das Bundeskabinett am Mittwoch billigte, sieht bessere Wachstumszahlen vor. Dieser geht für dieses Jahr nun von 1,1 Prozent Wachstum aus, statt zuletzt erwarteter 1,0 Prozent. Im vorigen Jahr war die Wirtschaft nur um 0,6 Prozent gewachsen.

Diese erwartete Belebung der Konjunktur bedeutet tatsächlich eine Trendwende. Die verschiedenen finanzpolitischen Maßnahmen, für deren Umsetzung wir maßgeblich gesorgt haben, sind ein wesentlicher Beitrag für stetiges wirtschaftliches Wachstum, auch in außenwirtschaftlich schwierigen Zeiten.

Alleine im Jahr 2020 stehen rund 43 Mrd.

Euro für Investitionen in Schulen, Schienen, Straßen, Netze und Jobs zur Verfügung. Die bisherigen Engpässe bei den Planungskapazitäten lösen sich zunehmend auf. Von dem Investitionsvolumen von 38,9 Milliarden Euro sind im vergangenen Jahr 38 Milliarden Euro abgeflossen. Außerdem haben wir die verfügbaren Einkommen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Familien erhöht. Das hilft den Familien, stärkt die Nachfrage im Inland und wirkt dadurch positiv auf die Konjunktur.

Obendrein hat die internationale Entwicklung, ob Brexit oder der Handelsstreit zwischen China und den USA, an Bedrohungspotenzial verloren. Dies könnte die deutschen Exporte wieder beleben, heißt es im Bericht.

Die Bundesregierung erkennt damit weitere Spielräume für Investitionen und auch für Entlastungen der Bürgerinnen und Bürger. Die SPD-Bundestagsfraktion hatte daraufhin vorgeschlagen, die für 2021 geplante teilweise Abschaffung des Soli-Zuschlags vorzuziehen.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Carsten Schneider, forderte, die Soli-Abschaffung auf den 1. Juli 2020 vorzuziehen. Auch das führe zu einer höheren Binnennachfrage. Aber, die oberen zehn Prozent, darunter die meisten Unternehmen, die Körperschaftsteuer zahlen, sollen auch weiterhin nicht darunter fallen.



Die Woche im Deutschen Bundestag

Der öffentliche Nahverkehr wird gefördert

Zum Jahreswechsel hatte der Bundestag schon die Mehrwertsteuer für Bahnreisen im Fernverkehr reduziert. Bahnfahren ist damit günstiger geworden. Der Bund fördert nun auch den Bau von U-Bahn, S-Bahn und Straßenbahn in den Ländern und Kommunen deutlich stärker und vereinfacht die Förderkriterien.

Wir reden von 4,6 Milliarden Euro zusätzlich in den kommenden sechs Jahren.

Mit der **Reform des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG)**, die wir diese

Woche abschließend im Bundestag beraten haben, verdreifachen wir die Finanzhilfen des Bundes an die Länder für Investitionen in neue Infrastruktur, z. B. Schienenwege für Straßenbahnen und U-Bahntunnel.

Auch wird nun u. a. die Reaktivierung von



stillgelegten Schienenstrecken und die Grunderneuerung von bestehenden Infrastrukturen ermöglicht.

Zudem werden wir im parlamentarischen Verfahren Förderhürden nochmals herabsetzen und neue Fördertatbestände einführen.

Ab 2021 stehen dann jährlich 1 Mrd. Euro für die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden zur Verfügung. Zusätzlich haben wir mit den Beschlüssen des Klimakabinetts dafür gesorgt, dass diese Mittel ab 2025 noch einmal verdoppelt werden.

Ein großer Erfolg ist außerdem, dass wir langfristige Planungssicherheit für die Länder und Gemeinden schaffen.

Denn die ab 2025 zur Verfügung stehenden 2 Mrd. Euro werden ab 2026 jährlich um 1,8 Prozent erhöht. Diese so genannte Dynamisierung der Mittel trägt dem bestehenden Investitions- und Instandsetzungsbedarf Rechnung.

Regionalisierungsmittel werden erhöht

Im Rahmen des Klimapaketes haben wir beschlossen, neben verschiedenen anderen Maßnahmen, auch die Regionalisierungsmittel zu erhöhen und zu dynamisieren. Mit der **Novelle des Regionalisierungsgesetzes (RegG)** und der damit verbundenen deutlichen Erhöhung der Regionalisierungsmittel setzen wir einen zentralen Punkt des Klimapakets um und schaffen die Voraussetzung für ein besseres Verkehrsangebot im Schienenpersonennahverkehr.

Durch die zusätzlichen 5,25 Mrd. Euro, die der Bund den Ländern bis einschließlich 2031 zur Verfügung stellt, soll der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) attraktiver werden. Indem die Länder insbesondere im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) zusätzliche Verkehre bestellen können, sollen mehr Menschen dazu bewegt werden, den ÖPNV zu nutzen. Ein besseres Nahverkehrsangebot ermöglicht bessere Mobilität und Teilhabe und schützt das Klima.



Mit vielen weiteren Maßnahmen, wie z. B. den Modellstädten für das 365 Euro-Ticket, die Mehrwertsteuersenkung für Bahnreisen im Fernverkehr oder die Erhöhung der Investitionsmittel für die Schiene stärken wir den ÖPNV und den öffentlichen Fernverkehr und damit klimafreundliche Mobilität für alle.

Errichtung der Engagement- und Ehrenamtsstiftung

Unsere Demokratie ist ohne zivilgesellschaftliches Engagement nicht vorstellbar. Insgesamt 30 Millionen Menschen üben eine ehrenamtliche Tätigkeit aus. Menschen, die mit ihrem Engagement der Kitt unserer Gesellschaft sind, unser Leben bereichern, Gemeinwohl fördern und einen vielfältigen, wertvollen, unbezahlbaren Dienst für uns alle leisten - vom individuellen Engagement bis zum Ehrenamt. Besonders in den ländlichen Regionen sind bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt die tragenden Säulen eines lebendigen und intakten Gemeinwesens.



Die Strukturen vor Ort sind jedoch regional sehr unterschiedlich ausgeprägt – insbesondere in den neuen Bundesländern. Um hier gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen, braucht es eine passgenaue Förderung. Gleichzeitig haben sich die Rahmenbedingungen und Formen des

bürgerschaftlichen und ehrenamtlichen Engagements in den vergangenen Jahren verändert. Neben den ursprünglichen und gewachsenen Formen des Engagements haben sich neue Formen herausgebildet, etwa im digitalen Bereich.

Ziel des Gesetzentwurfs von SPD und CDU/CSU, der in dieser Woche beschlossen wurde, ist es, das bürgerschaftliche Engagement auch auf Bundesebene zu stärken und zu fördern - insbesondere in strukturschwachen und ländlichen Räumen. Zu diesem Zweck soll eine „Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt“ mit Sitz in Neustrelitz errichtet werden.

Im parlamentarischen Verfahren hat die SPD-Fraktion erreicht, dass die Stiftung nicht nur einen Service- und Beratungsauftrag haben wird, sondern zivilgesellschaftliches Engagement auch konkret finanziell fördern kann. Vorgesehen ist zudem, dass die Stiftung jährlich 30 Millionen Euro aus Bundesmitteln für ihre Arbeit erhält.

Bilder der Woche



Esther Dilcher und Edgar Franke vor der **Gedenkstunde des Bundestages aus Anlass des 75. Jahrestages der Befreiung des deutschen Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz** durch sowjetische Truppen am 27. Januar 1945.

Der israelische Staatspräsident Reuven Rivlin hatte in seiner Gedenkrede vor dem Deutschen Bundestag betont,

dass er und das israelische Volk die Anstrengungen Deutschlands im Kampf gegen Antisemitismus zu schätzen wüssten. „Heute begreifen wir leider, dass der Antisemitismus nicht ausgerottet ist“. Dagegen habe er kein Patentrezept, doch kämpften Israel und Deutschland gemeinsam „mit unseren Werten“ dagegen an, sagte Rivlin unter großem Beifall.

Wiedersehensfreude und gute Gespräche beim **Winterfest der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV)** in Berlin. Edgar Franke ist seit über 25 Jahren Professor an der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung.

Von links nach rechts: Thomas Wittschurky (FUK Niedersachsen), Edgar Franke, Kathrin Weis (Unfallkasse Hessen), Rudolf Römer (Deutscher Feuerwehrverband).





Rede im Deutschen Bundestag

Am Donnerstag hielt Esther Dilcher eine Rede zum Thema "**Klage gegen den Erlass einer EU-Richtlinie zum Schutz von Whistleblowern**".

Unter <https://www.estherdilcher.de/reden/> ist die Rede verfügbar.

Besuch aus Moldawien

Am Montag besuchte eine **Delegation aus dem moldawischen Parlament** den Deutschen Bundestag. Auf dem Programm stand unter anderem eine Gesprächsrunde mit einigen Haushältern darunter Esther Dilcher mit ihren Kollegen, Peter Boehringer (Vorsitzender des Haushaltsausschusses) und Andreas Schwarz.



Praktikant in Berlin – Moritz aus Bad Arolsen schnuppert Berliner Luft

„Ich heiße Moritz, komme gebürtig aus Bad Arolsen und arbeite seit Montag, 27. Januar, bis Ende Februar im Rahmen meines Studiums als Praktikant im Büro der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher.

Mein Alltag besteht aus vielen spannenden Aufgaben und Terminen, wobei Schreibtischarbeit in meiner ersten Arbeitswoche eher selten gewünscht war.



Dafür konnte ich Esther Dilcher zu ihren Terminen begleiten: So war ich beim Gesprächsaustausch der Haushälter mit einer Delegation aus dem moldawischen Parlament und auf der Sitzung der Landesgruppe Hessen.

Am Donnerstag habe ich meine erste Plenarsitzung besucht und direkt einen Hammelsprung „live“ erlebt. Auch außerhalb des Bundestages bekomme ich viel geboten. So werde ich an einem Besuch des Bundesnachrichtendienstes, des

Brandenburger Landtags und an einer Führung beim Rundfunk Berlin Brandenburg teilnehmen. Ich freue mich darauf, in den nächsten Wochen mehr über die Arbeit meiner Abgeordneten in Berlin zu erfahren und selbst Teil davon zu sein!

In den nächsten Wochen werde ich noch an verschiedenen Diskussionsrunden mit anderen Praktikantinnen und Praktikanten der SPD-Fraktion teilnehmen.“

So erreichen Sie uns:

Esther Dilcher, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-75113
esther.dilcher@bundestag.de

Wahlkreisbüro:
Briloner Landstr. 27
34497 Korbach
Tel.: 05631-974712
www.estherdilcher.de

Dr. Edgar Franke, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-73319
edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros:
Bahnhofstr. 36c
34582 Borken
Tel.: 05682-739729

Obermarkt 5
35066 Frankenberg
Telefon 06451 717950
www.edgarfranke.de

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke. Die Infos sind bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seite 1 Edgar Franke, Seiten 2 Image by [Nattanan Kanchanaprat](#) from [Pixabay](#) und 3 Image by [Erich Westendarp](#) from [Pixabay](#) Seite 4 sharepic der SPD-Bundestagsfraktion, Seite 5 Image by [SeppH](#) from [Pixabay](#), Seite 6 Edgar Franke, Seite 7 und 8 Esther Dilcher.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.